

# aktuell **163**

Mitgliedermagazin des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte

**S. 4**

**Im Gespräch mit  
Mark Branson**

**S. 8**

**Wirtschaftsstandort  
Deutschland in Gefahr**

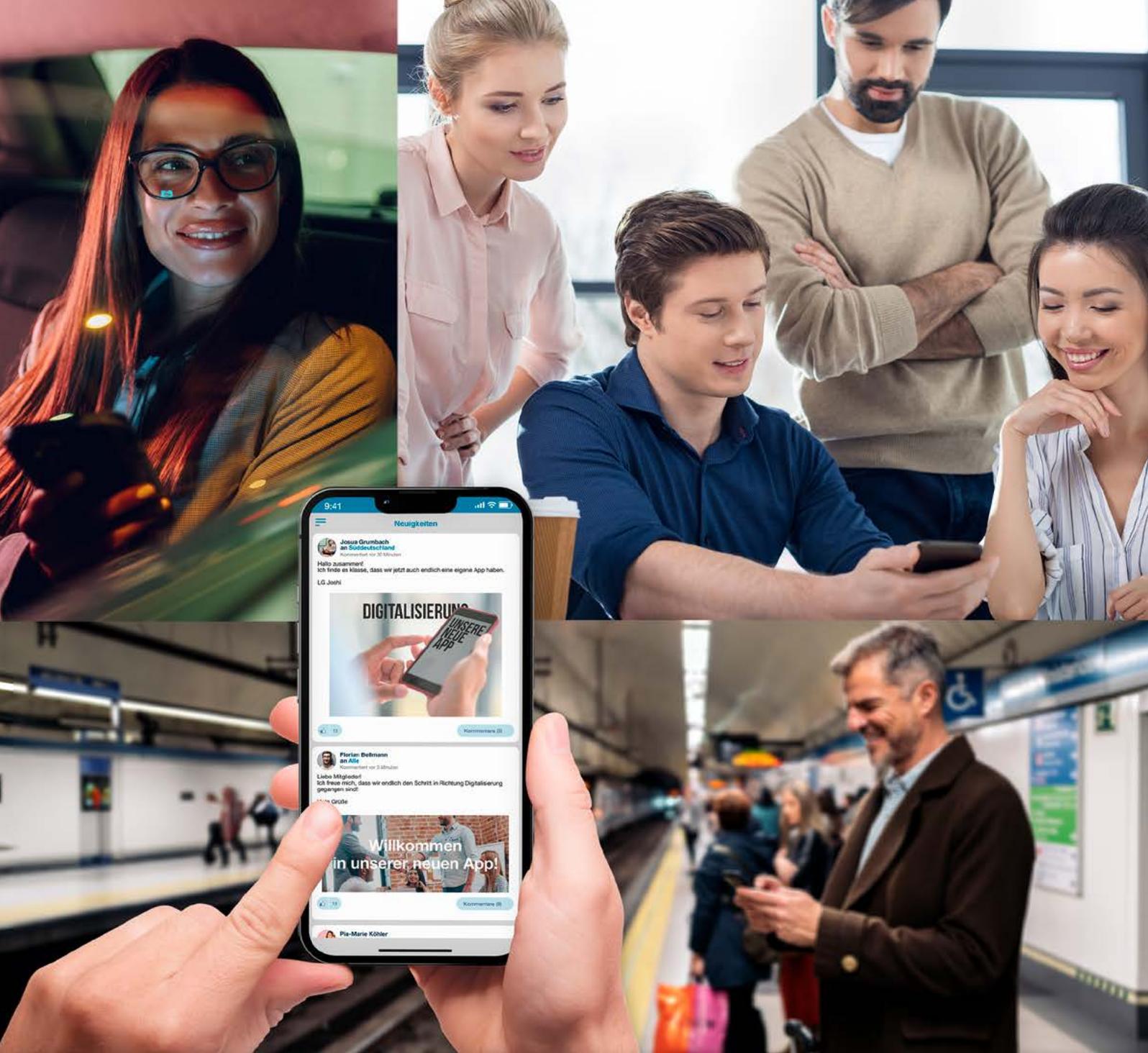
**S. 14**

**Digitalisierung verschlafen,  
KI verpennt?!**

## Wirtschaftswunderland

Was jetzt nötig wäre





# Unsere bdvb-App – fachlicher Austausch, berufliches Netzwerk – alles in einer App



In der neuen bdvb-App kannst du dich frei mit anderen Mitgliedern austauschen, siehst alle Updates vom bdvb und kannst deine Mitgliedschaft verwalten. Lade sie dir kostenlos herunter und lass dich von anderen inspirieren. Jetzt im App Store, auf Google Play oder unter [bdvb.connect.app](https://bdvb.connect.app).



# bdvb

Das Netzwerk für Ökonomen

# INHALT

Nr. 163

## Liebe Mitglieder und Freunde des bdvb,



Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr 2024 gestartet und es hält viele spannende und glückliche Momente für Sie bereit, sowohl beruflich als auch privat.

Lassen Sie mich Ihnen ein kurzes Update geben: Das neue Präsidium des bdvb, das Sie im Oktober 2023 gewählt haben, ist mit viel Schwung in die Arbeit gestartet. Nach unserer ersten Online-Sitzung im November haben wir uns im Dezember in Düsseldorf getroffen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir haben die Aufgaben im Präsidium neu verteilt und unsere Pläne für die kommenden Monate festgelegt. Alle Details dazu finden Sie im Mitgliederbereich und in unserer neuen bdvb App.

Die bdvb App (connect) möchte ich Ihnen besonders ans Herz legen. Sie ist mehr als nur ein Werkzeug – sie ist ein lebendiges Forum für den Austausch unter Mitgliedern und eine zentrale Informationsquelle für Neuigkeiten im Verband, Aktivitäten unserer Gruppen sowie anstehende Termine und Veranstaltungen. Diese App wurde speziell für Sie entwickelt, um die Kommunikation und den Austausch innerhalb des bdvb, sei es in Regionalverbänden, Hochschulgruppen oder Fachausschüssen, zu erleichtern und zu bereichern. Ich lade Sie herzlich ein, diese neue Plattform aktiv zu nutzen, und freue mich auf Ihr Feedback – Ihre Meinungen und Anregungen sind uns sehr wichtig!

Ein weiteres spannendes Projekt für 2024 ist die Besetzung und Aktivierung unseres neu in der Satzung verankerten Kuratoriums mit renommierten Persönlichkeiten. Ihre Vorschläge und Ideen sind dabei sehr willkommen.

Ich freue mich auf ein ereignisreiches Jahr mit Ihnen und bin gespannt auf unsere gemeinsamen Projekte.

Willi Rugen  
Präsident

### Editorial 3

**Im Gespräch**  
mit Mark Branson über Inflation, Zinsen und neue Herausforderungen 4

**Perspektiven**  
Verbandstag und Verleihung der Friedrich-List-Medaille 8

Ein Jahr Fachausschuss Diversity 12

Neue gewählter Vorstand im BÖB 12

**Verbandsleben**  
Bundesmitgliederversammlung 2023 11

Regionalverbände und Hochschulgruppen 13

**Das letzte Wort** 14

### Impressum

#### bdvb aktuell

Ausgabe 163  
Januar bis März 2024  
ISSN 1611-678X

#### Herausgeber

Bundesverband Deutscher  
Volks- und Betriebswirte e.V.  
Florastraße 29, D-40217 Düsseldorf  
Tel. +49 211 371022, Fax +49 211 379468  
www.bdvb.de, info@bdvb.de

#### Redaktionelle Mitarbeit in dieser Ausgabe

Daniel Gerhards (V.i.S.d.P.), Birgit Schoerke-Zitz, Florian Ries

#### Anzeigen, Layout, Herstellung, Druck

Köllen Druck + Verlag GmbH  
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14  
53117 Bonn-Buschdorf  
Tel. +49 228 989820, Fax +49 228 9898255  
verlag@koellen.de

Der Bezugspreis von 5,50 Euro ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Nachdruck – auch auszugsweise – nur in Absprache mit dem Herausgeber gestattet.

Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

#### Bildnachweise

Titel: AdobeStock/ Stefan\_Weis  
Inhalt: Soweit nicht anders gekennzeichnet,  
alle Bilder/Grafiken © shutterstock.de

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in den Texten die männliche Form gewählt. Die Angaben beziehen sich auf Angehörige aller Geschlechter gleichermaßen.

# „Ein hoher Internationalisierungsgrad nicht gleichbedeutend mit Stabilität“

Im vergangenen Jahr läutete die steigende Inflation das Ende einer 14-jährigen Niedrigzinsphase ein und stellte Banken, Versicherer und eine seit der Finanzkrise von 2008 gestärkte Finanzaufsicht vor neue Herausforderungen. Ist die deutsche Kredit- und Versicherungsbranche fit für das neue Marktumfeld? Das und mehr besprachen bdrv Präsident Willi Rugen und Dominik Damast, Doktorand im Fachgebiet Finanzmärkte und -institutionen an der Universität Bonn, mit Mark Branson, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

**Willi Rugen:** Herr Branson, Sie sind seit gut zwei Jahren Präsident der BaFin. Vorher waren Sie unter anderem für die schweizerische Finanzmarktaufsicht verantwortlich. Sind Sie froh, dass Sie nicht mehr in Verantwortung waren, als kürzlich die Credit Suisse gerettet werden musste? Oder hätten Sie diese Herausforderung gerne angenommen?

**Mark Branson:** Herausforderungen gibt es für eine Bankenaufsicht immer wieder und überall. Kritische Situationen können sehr schnell eintreten. Die Entwicklungen um die Credit Suisse habe ich aus der Ferne mit großem Interesse verfolgt und bin sehr froh, dass man eine Lösung gefunden hat, die Stabilität gewährleistet.

**WR:** Von außen ist schwer nachzuvollziehen, wie sich ein solcher Prozess vollzieht. Liegt die Lösungssuche in Fällen dieser Art bei der nationalen Bankenaufsicht oder koordinieren sich alle großen Regulierer weltweit?

**MB:** Die Krise einer global tätigen Bankengruppe hat stets eine multinationale Dimension. Grundsätzlich gilt bei solchen Fällen: Die lokale Aufsichtsbehörde ist führend, arbeitet aber im Rahmen etwa von Supervisory Colleges oder Crisis Management Groups eng mit Partnerbehörden im Ausland zusammen. Die Konsultationen sind dabei umso intensiver, je aktiver das betreffende Institut in einem Land ist. Bei der Credit Suisse kann man davon ausgehen, dass es eine besonders intensive Kooperation zwischen schweizerischen, amerikanischen und britischen Behörden gab, weil wesentliche Teile der Bilanz in diesen Märkten angesiedelt waren.

**WR:** War die BaFin im speziellen Fall beteiligt? Und welche Notfallszenarien hat man eigentlich für einen derartigen Worst Case in der Schublade?

**MB:** Für die Eurozone und Deutschland hatte die Credit Suisse keine wesentliche direkte Bedeutung. Sie unterhielt zwar einen regionalen Ableger in Deutschland, dieser war allerdings nicht besonders groß oder systemrelevant. Insofern war der unmittelbare Handlungsbedarf beschränkt. Ein unkontrollierter Kollaps hätte aber Zweitrundeneffekte ausgelöst. Anders wäre es bei einer in Deutschland systemrelevanten Bank. Für solche Fälle haben wir und die relevanten europäischen Behörden selbstverständlich Pläne bereit.

**WR:** Wenn man sich das globale Bankwesen anschaut und mit mittelgroßen Banken oder Großbanken in Deutschland vergleicht, drängt sich der Eindruck auf, dass unser Bankensektor eher schwach aufgestellt ist. Sowohl von der Größe her als auch hinsichtlich der Marktkapitalisierung der Institute. Die internationale Rolle unserer Banken scheint das zu bestätigen: Im globalen Finanzgeschäft sind sie marginalisiert bis gar nicht vorhanden. Und der Quartalsgewinn einer großen amerikanischen Bank entspricht in etwa der Marktkapitalisierung einer großen deutschen Bank. Wie beurteilen Sie diese Schwäche und was bedeutet sie für die Stabilität? Haben wir Verbesserungsbedarf?

**MB:** Wir müssen achtgeben, die Themen sauber zu trennen. Das eine ist die Internationalität: Die Frage, inwieweit eine Bank auf internationalen Kapitalmärkten präsent ist. Da stimmt der Eindruck, dass amerikanische Banken gegenüber den europäischen führend sind. Aber ein hoher Internationalisierungsgrad ist nicht automatisch gleichbedeutend mit Stabilität. Nachhaltige Profitabilität ist ebenso wichtig. Wenn wir speziell auf Deutschland schauen: Das Land ist historisch von Industrie geprägt, nicht von Dienstleistung. Der deutsche Finanzsektor wurde traditionell weniger als Exportindustrie aber in erster Linie als Partner für Deutschlands Industrie und Mittelstand gesehen – und er erfüllt diese Rolle gut.

**WR:** Allerdings fällt auf, dass deutsche Banken in Kennzahlen wie dem Kurs-Buch-Verhältnis schlechter abschneiden. Bei der Deutschen Bank, um mal ein Institut zu nennen, liegt es bei nur 0,3. Führende ausländische Banken erreichen Werte von 1,5. Das deutet doch darauf hin, dass das Eigenkapital, das Sie als Aufseher für den Ernstfall voraussetzen, möglicherweise gar nicht vorhanden ist.

**MB:** Die Bankenaufsicht tut sehr viel, um sicherzustellen, dass das verlangte Eigenkapital tatsächlich vorgehalten wird. Insbesondere nach der letzten Finanzkrise wurde auch regulatorisch hier viel unternommen. Vieles wird heute aus der Rechnungslegung „herausgefiltert“, beispielsweise Goodwill. Außerdem können wir Korrekturen anordnen. Was den Kurs-

A portrait of Mark Branson, a middle-aged man with dark hair, wearing a dark grey suit jacket, a light blue checkered shirt, and a dark blue tie with small white dots. He is looking slightly to the left of the camera with a thoughtful expression. A glass of water is visible in the foreground. The background is a plain, light-colored wall.

rad ist  
ät“

### Über den Gesprächspartner:

Mark Branson ist seit August 2021 Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Zuvor leitete der 55-Jährige mehr als sieben Jahre lang die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) in Bern. 2010 trat er als Leiter der Bankenaufsicht in die FINMA ein, 2013 wurde er dort zum stellvertretenden Direktor ernannt. Vor seiner Tätigkeit für die FINMA bekleidete Branson unterschiedliche internationale Leitungspositionen in der UBS-Gruppe. Mark Branson ist Mitglied u.a. im Ausschuss für Finanzstabilität, im Finanzstabilitätsrat, im Supervisory Board des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus sowie im Europäischen Ausschuss für Systemrisiken. Er studierte Mathematik und Management Studies (M.A.) am Trinity College, Cambridge, und besitzt einen Master der Universität Lancaster in Operational Research.



Buch-Wert angeht, glaube ich, dass eine Verknüpfung mit krisenhaften Situationen eher psychologischer als ökonomischer Natur ist. Ein Aktienkurs bildet ja Zukunfts- und Wachstumserwartungen ab und kann aufgrund der Marktperzeption stark schwanken. In normalen Zeiten ist der Kurs-Buch-Wert deshalb für die Aufsicht kein maßgeblicher Faktor, sondern ein Indikator von vielen. Es ist unerheblich, ob er zum Beispiel bei 0,5 oder 0,8 liegt. Wenn ein Aktienpreis jedoch so stark oder so schnell fällt, dass es Einleger und Gläubiger verunsichert, stellt sich das anders dar. Es kann eine Krise beschleunigen.

**WR: Wie sieht es aus, wenn Banken Aktien zurückkaufen? Ist das ein Sachverhalt, den Sie sich als Aufseher ansehen und im ein oder anderen Fall kritisch bewerten, weil Eigenkapital aus dem Markt genommen wird? Müssen die Institute solche Schritte mit Ihnen abstimmen?**

**MB:** Aktienrückkäufe sind für sich genommen nichts Schlechtes. Sie sind flexibler als Dividenden. Wenn es dabei um Großbanken geht, fällt das unter EZB-Aufsicht, an der wir als nationale Aufsicht beteiligt sind. Grünes Licht erhält eine Bank nur, wenn sich das Ausmaß des Rückkaufs stimmig in den Kapitalplan einfügt und wenn die Bank für ein Stress-Szenario gut gewappnet bleibt.

**WR: Stress-Szenario ist ein gutes Stichwort. Es hat ja gerade einen Stresstest auf europäischer Ebene gegeben. Und wenn ich das richtig verstanden habe, will die BaFin diesen Test nun bewerten und auf die durch sie beaufsichtigten Banken übertragen?**

**MB:** Seit der Finanzkrise hat es viele Stresstests und Sensibilitätsanalysen gegeben. Uns

als Aufsicht geben sie stets interessante Impulse, denn die Tests unterstellen ein spezielles Szenario und errechnen die Auswirkungen auf einzelne Institute. So lassen sich Verwundbarkeiten von Finanzmärkten und Instituten aufdecken. Wir führen regelmäßige Stresstests und Analysen durch, auch für kleinere Institute unter unserer Aufsicht. Da kommt es vor, dass die Ergebnisse bei einem Kandidaten anders ausfallen als erwartet. In solchen Fällen schauen wir dann genau hin und suchen beispielsweise nach Konzentrationen in gefährdeten Geschäftsfeldern.

**WR: In den zurückliegenden zwölf Monaten hat sich die Zinssituation sehr verändert. Für die Banken ist das gut. Nicht alle Kunden sind wechselwillig oder fordern sofort höhere Zinsen ein, so dass mehr vom Zinsüberschuss für die Bank bleibt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch stille Lasten. Viele Banken haben Papiere in ihren Büchern, die ihnen bei Veräußerung vor der Endfälligkeit massive Verluste bescheren würden. Lässt sich das konkret beziffern?**

**MB:** Zusammengenommen haben die Portfolios kleinerer Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken 2022 aufgrund der Zinsentwicklung rund 13 Milliarden Euro an Wert eingebüßt. Vor der Zinswende wurde dieses Risiko in der Branche ein wenig kleingeredet, wir haben vielen Instituten aber dennoch Risikozuschläge auferlegt, damit sie Reserven haben. Auch deshalb war der Bankensektor ausreichend kapitalisiert und ist mit einem blauen Auge davongekommen. Gleichzeitig steigen die Einnahmen durch die positiven Effekte auf die Zinsmarge. Banken, die ihre Zinsänderungsrisiken abgesichert hatten, verdienen sehr gut.

**WR: Wenn eine Bank Staatsanleihen hält, gibt es keine regulatorische Vorgabe, dass sie entsprechend Eigenkapital vorhalten muss. Müsste man das nicht ebenfalls absichern?**

**MB:** Natürlich sollte das risikogerecht unterlegt werden. Aus technokratischer Perspektive ist die fehlende Kapitalunterlegung grundsätzlich falsch, aber es gibt verschiedene Stellen im System – auch die Zinsänderungsrisiken, über die wir bereits gesprochen haben – für die es keine zwingenden Mindesteigenkapitalanforderungen gibt. Meiner Ansicht nach verfälscht dies das Gesamtbild.

**Dominik Damast: Ich möchte kurz noch einmal auf die Zinsrisiken zurückkommen. Im Vergleich mit den USA ist unser Bankensystem deutlich fragmentierter. Warum sind in den USA ein paar mittelgroße Banken zusammengebrochen, während das in Deutschland ausgeblieben ist? Eigentlich müsste man doch annehmen, dass gerade Sparkassen oder genossenschaftliche Banken aufgrund ihres Geschäftsmodells anfälliger sein müssten. Hängt das mit der Regulierung zusammen oder gibt es tieferliegende Unterschiede?**

**MB:** Die Banken, die in den USA Probleme hatten, waren offensichtlich nicht gut aufgestellt. Sie hielten Ausreißerpositionen in erheblicher Größe, die anscheinend niemand auf dem Radar hatten. Wie gesagt: Es gibt keine Mindesteigenkapitalanforderungen dafür. Es ist an der Aufsicht, Ausreißer zu identifizieren und gegebenenfalls Zuschläge anzuordnen. Das Instrumentarium bietet uns die Säule-2 des Regelwerks. Im deutschen Bankensektor haben wir es gemeinsam mit der Bundesbank genutzt und Säule-2-Zuschläge verlangt. In den USA hat man das Säule-2-Konzept nicht in

gleichem Maße umgesetzt, und entschieden, die Aufsichtsintensität bei den mittelgroßen Instituten vergleichsweise gering zu halten. Hinzu kommt noch ein Unterschied, der nichts mit Risikomanagement und Aufsicht zu tun hat: In Deutschland reden wir über Kleinbanken, die nicht an der Börse notiert sind. Die Institute in den USA waren börsennotiert, entsprechend hoch war die Transparenz, was zu starken Reaktionen der Anleger und schließlich der Einleger führte.

**DD: Mit Hilfe von Zinsswaps könnten Institute gegensteuern, doch in den vergangenen Jahren ist diese Maßnahme für kleinere Akteure deutlich schwieriger geworden. Machen es die Regulierer kleineren Instituten so nicht schwerer, auf die Zinsentwicklungen zu reagieren?**

**MB:** Die Verbandsinstitute haben in der Regel über die Zentralinstitute Zugang zum Zinsderivatemarkt. Festzuhalten ist: Ihr natürliches Geschäftsmodell, Einlagen einzusammeln und Festhypotheken auszugeben, wurde in der Niedrigzinsphase noch ausgeprägter. So ging man naturgemäß damit Zinsrisiken ein. Die Institute konnten das laufen lassen und von der Fristeninkongruenz profitieren oder sie konnten sich absichern. Rückblickend können wir sagen: Die Großen haben sich abgesichert, die Kleinen weniger. Das war einigermaßen verständlich, aber es war nicht ganz ungefährlich.

**WR: Sie bewerten auch die operationalen Risiken. Wie schätzen Sie hier die aktuelle Situation ein?**

**MB:** Die operationalen Risiken sind teilweise erheblich, viele von ihnen sind IT-getrieben, etwa die Cyber-Risiken. Wenn wir herausfinden, dass das IT-Sicherheitsmanagement einer Bank oder eines Versicherers nicht ausreichend ist, mahnen wir das an und ordnen, wenn erforderlich, sogar Kapitalzuschläge an.

**DD: Bleiben wir bei den Versicherern, die Ihr Haus ja ebenfalls im Blick hat. Müssen wir uns um die Versicherungsindustrie nicht sogar mehr Sorgen machen als um die Finanzwirtschaft?**

**MB:** Nein, ich glaube, auch für die Versicherungswirtschaft war der Niedrigzins die größte Gefahr. Mit der Zinswende ist diese Gefahr für die Lebensversicherer erst einmal abgewendet. Dafür entstehen neue Risiken, etwa aus Stornierungen von Verträgen oder aus Problemen auf der Anlagenseite. Aber aktuell ist das Umfeld für Lebensversicherer wesentlich gesünder als zuvor.

**DD: In den USA entstehen derzeit neue Marktrisiken und Probleme, weil Versicherungsprodukte mit variablen Annuitäten beliebter werden. Ein solches Risiko sehen Sie für Deutschland nicht?**

**MB:** Solche Verträge machen nur einen geringen Teil der Produkte aus, die hierzulande vertrieben werden – insofern sehe ich kein vergleichbares Risiko.

**DD: Wo sehen Sie denn die zukünftigen Risiken für Versicherungen? Machen Sie sich als BaFin Gedanken über Klimawandel, demographischen Wandel und ähnliche Themen?**

**MB:** Einerseits gibt es kurzfristige Risiken, bei Schadenregulierern etwa die Auswirkungen der Inflation auf die Schadenbewertung. Andererseits haben wir natürlich auch langfristige Risiken im Fokus – die Klimarisiken sind hier ganz oben dabei, auf Anlage- wie auf Versicherungsseite. Doch für Schaden- und Rückversicherer gehörte schon immer zum Kerngeschäft, physische Risiken neu zu bewerten und entsprechend zu bepreisen. Zudem sind die Verträge in diesem Bereich meist kurzfristiger, deshalb bestehen weniger Stabilitätsrisiken. Für die Gesamtgesellschaft allerdings kann sich eine Situation ergeben, in der zu hohe Risiken nicht mehr oder zumindest nicht mehr wirtschaftlich versichert werden können.

**DD: Wie begleiten Sie diese Entwicklung? Achten Sie auf eine möglichst strikte Trennung von Assets und Liabilities?**

**MB:** Natürlich sucht man auf der Asset-Seite nach Konzentrationen, genau wie bei Banken. Normalerweise sind die Portfolien aber bereits sehr diversifiziert. Die Frage ist, ob Risiken aus „Stranded Assets“ erwachsen, die sich etwa aus dem Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft ergeben. Man kann darüber hinaus Stresstests für Versicherer durchführen, um zu schauen, wie stark sie von einer kritischen Entwicklung betroffen wären. Vor zwei Jahren

haben wir uns übrigens zehn Ziele gesetzt, eines davon ist die Begleitung von Risiken, die sich speziell aus der Nachhaltigkeitsperspektive ergeben. Diese Risiken erstrecken sich zwar über eine lange Zeit und haben damit eine ganz besondere Dynamik. Aber sie sind fester Bestandteil unseres Handelns.

**WR: Lassen Sie uns abschließend noch einen Blick auf die Bankenunion werden: Die EU verfolgt das Ziel eines einheitlichen Finanz- und Kapitalmarktes. Aber während man in den USA längst von Economies of Scale profitiert, haben wir immer noch 16 getrennte Märkte und bekommen das irgendwie nicht hin. Wie sehr ist das für uns von Nachteil?**

**MB:** Ich glaube, die fehlenden Skaleneffekte machen sich insbesondere auf den Kapitalmärkten bemerkbar. Unsere Finanzierungslandschaft konzentriert sich sehr stark auf die Banken, weniger auf die Kapitalmärkte. Wenn man in Betracht zieht, vor welchen Investitionen wir in den nächsten Jahren stehen, brauchen wir aber starke Kapitalmärkte, um auf der Finanzierungsseite eine gesunde Mischung zu haben. Doch manchmal hat man den Eindruck, wir investieren mehr Energie in den Wettbewerb unter europäischen Standorten als in das gemeinsame Wachstum des gesamten europäischen Marktes. Man kann eben keinen gemeinsamen Kapitalmarkt haben, ohne europäischer zu werden – und nicht alle wollen das, trotz der offensichtlichen ökonomischen Vorteile. Deswegen stocken die Maßnahmen, die es braucht, um den Kapitalmarkt zu europäisieren.

**Willi Rugen: Herr Branson, vielen Dank für dieses Gespräch!**





Willi Rugen (r.) mit Kooperationspartner DANV, vertreten durch Peter Dümpelmann, Stefan Bülter und Julius Keller



v.l. Hartmut Jaensch, Raimund Brichta, Professor

# „Der Auftrag der Ökonomen besteht der Menschen zu verbessern“

Bei bestem Hamburger Wetter – stürmische Böen und peitschender Regen – trafen sich am Freitagabend, den 20.10.2023 bdvb-Mitglieder und Gäste im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky. Anlass war der bdvb Verbandstag sowie die Verleihung der Friedrich-List-Medaille des bdvb an Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld.



Fotos: Jens Gyarmaty



Lars P. Feld, Professor Christoph M. Schmidt und Willi Rugen

## darin, das Leben

bdvb Präsident Willi Rugen eröffnete die Veranstaltung, gefolgt von Grußworten des Schirmherrn Sven Kraffzick (Regionalverband Hamburg/Schleswig-Holstein) und Schirmherrin Maike Körlin (Regionalverband Niedersachsen). Vizepräsident Hartmut Jaensch leitete anschließend kurz in das Thema „Wirtschaftsstandort Deutschland in Gefahr – Was müssen wir tun, um nicht den Anschluss zu verlieren?“ der Podiumsdiskussion über.

Raimund Brichta (N-TV) begrüßte mit Reinhold Hilbers MdL (stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Niedersachsen und ehemaliger Finanzminister von Niedersachsen), Ralf Tiedtke (Geschäftsführer der designfunktion Gesellschaft für moderne Einrichtung Hamburg mbH & Co. KG.), Dr. Jörn Quitzau (Leiter des Bereichs Wirtschaftstrends der Berenberg Bank) und Prof. Dr. Alexander Zureck (FOM Hochschule für Oekonomie & Management) die vier Diskussionsteilnehmer aus Politik, Lehre und Wirtschaft.

Wie ist denn nun die aktuelle Lage der deutschen Wirtschaft und welche Lösungsansätze bringen den „kranken Mann Europas“ in eine bessere Lage? Zureck sprach sich für eine Förderung der Finanzbildung und eine allgemein bessere Ausbildung von Führungskräften aus, insbesondere im Feld der künstlichen Intelligenz.

Tiedtke hält auch eine 4-Tage-Woche für potenziell möglich, das müsse sich ein Unternehmen aber leisten können. Quitzau sprach in diesem Kontext den Arbeitskräftemangel und die Überalterung an. Fakt sei, dass

wir in Zukunft weniger Steuerzahler haben werden. Als Lösungsansätze nannte er, z.B. willigen Personen die Möglichkeit zu geben, länger im Arbeitsmarkt zu bleiben, aber auch eine Abwanderung von Fachkräften zu verhindern. Insgesamt forderte er eine ergebnisorientierte Politik.

Hilbers äußerte Bedenken zur 4-Tage-Woche und betonte, dass unsere Systeme nur mit Wachstum funktionieren. Die Frage, die gestellt werden müsse, ist, wie dieses dringend benötigte Wachstum generiert werden kann. Er sieht die Antwort in drei Schlagworten: Effizienz, Innovation und Investition. Für letzteres muss der Standort interessant genug sein, erklärte Hilbers. Zudem stehe Deutschland im direkten Wettbewerb mit anderen Ländern, wie z.B. Südkorea, das darf nicht vernachlässigt werden. Ein wichtiger Punkt ist für ihn die Selbstverwirklichung. Ein Arbeitnehmer müsse wissen, wofür er eigentlich arbeite und somit auch Begeisterung für die Arbeit entwickeln zu können. Außerdem müsse sich Leistung lohnen.

Für Quitzau ist die Frage, ob die junge Generation nun Deutschland aus dem „Schlamassel“ bringen könnte, klar zu beantworten: „Es gibt keine andere Option.“ Es sei denn, die künstliche Intelligenz holt so weit auf, dass es einen gewaltigen Produktivitätsschub gibt. Aber darauf könnte man sich nicht verlassen. Die soziale Marktwirtschaft müsse auch richtig verstanden werden. Ein Arbeitnehmer müsse den Markt gemäß der Nachfrage bedienen und nicht nur darauf fokussiert sein, was ihm selbst gefalle. Für Hilbers ist die soziale Marktwirtschaft nicht mit ei-



(v.l.) Ralf Tiedtke, Dr. Jörn Quitzau, Reinhold Hilbers MdL, und Alexander Zureck diskutierten mit Raimund Brichta über den Wirtschaftsstandort Deutschland

nem Wohlfahrtsstaat gleichzusetzen. Die Verantwortung fängt bei jedem Einzelnen an. Wohlstand entsteht nur dann, wenn jeder Einzelne dazu bereit ist, zu leisten, was er leisten kann. Dieser Einsatz darf aber nicht steuerrechtlich bestraft werden. Hilbers sieht die Politik klar in der Verantwortung, hierbei die richtigen Signale zu senden. Die Systeme müssen dementsprechend ausgerichtet sein, Eigenverantwortung und Wettbewerb müssen gefördert werden.

An diesem Abend fiel des Öfteren das Stichwort „Mindset“, gerade in Bezug auf jüngere Menschen. Tiedtke verdeutlichte, dass junge Leute sehr wohl Lust haben zu arbeiten. Die Debatten über die vermeintlich faule Generation Z sei ungerechtfertigt. Für ihn müsse Arbeit neu verstanden werden, und zwar als Teil des Lebens, auch als Bereicherung neben Familie und Hobbies. Brichta hakte nach, wie genau das zu schaffen sei. Tiedtkes Antwort: „Neugierde“. Man bräuchte motivierte Lehrer, die bei den Kindern eben diese Neugierde wecken können. Für Hilbers gehört hier auch die ökonomische Bildung dazu.

Brichta schloss die Runde mit der Frage, welche Elemente noch wichtig seien, um in Zukunft besser dazustehen. Tiedtke betonte, dass man als Arbeitgeber Verantwortung hätte, die Leute für ihre Arbeit zu begeistern, einen wertschätzenden Umgang miteinander zu pflegen und Talente zu fördern. Quitzau verwies auf die Notwendigkeit der Planungssicherheit, vor allem für die Wirtschaft. Knackpunkt sei auch die gestiegene Bürokratie, die branchenübergreifend sehr belastend sei. Hilbers sieht die Lage in den Unternehmen dramatisch. Für ihn müssen Investitionsmaßnahmen schneller auf den Weg gebracht werden. Ein Paket müsse geschnürt werden, um damit ein starkes Signal zu senden. Er argumentierte weiter, dass nicht nur die Europäische Union Verantwortung trage, sondern viele Probleme hausgemacht seien. Zureck schloss mit den Worten, dass man generell offen für Neues sein solle. Es wäre sinnvoller auf neue Industriezweige zu blicken statt auf die klassischen Industrien.

bdvb Präsident Willi Rugen bedankte sich für die inhaltsstarke Podiumsdiskussion und leitete zum Höhepunkt des Abends über. Die Friedrich-List-Medaille ist in Fakt die höchste Auszeichnung, die der bdvb zu verleihen hat. Diese besondere Ehrung wurde zuletzt 2017 an Hans Werner Sinn vergeben, dem ehemaligen Präsidenten des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Feld reihte sich damit in eine Gruppe von außerordentlichen Persönlichkeiten ein. Die Ehrung mit der Friedrich-List-Medaille in Gold ist für Ökonomen vorgesehen, die der Politik und der Öffentlichkeit Orientierung geben, die wirtschaftliche Zusammenhänge erklären und zukunftsorientierte Vorschläge machen können. Diesen Ökonomen will der bdvb Anerkennung geben und damit auch Ansporn für weiteres Engagement in dieser Brückenfunktion vorantreiben. Preisträger Lars P. Feld sei ein brillanter Wissenschaftler. Seine Expertise wird enorm gesucht

und geschätzt, unter anderem wird dies in seiner langjährigen Arbeit im wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen deutlich. Des Weiteren ist Feld als Teil der Kommission „Föderalismus 2“ als einer der „Architekten“ der Schuldenbremse zu bezeichnen, unterstrich Rugen.

Die Laudatio hielt Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Er betonte, dass er sich sehr freue, die Laudatio für seinen langjährigen Mitstreiter im Sachverständigenrat und guten Freund halten zu dürfen. Er gratulierte Feld herzlich, ebenso dem bdvb für die kluge Auswahl des Preisträgers. Schmidt griff Themen der Diskussion auf, wie die allgemeine Lage Deutschlands, als auch die schleichende Deindustrialisierung. Er betonte, dass ohne richtige Diagnose auch keine wirksame Therapie entwickelt werden könne. Dabei sei es fatal, die Diversität von Optionen, neue Techniken und Methoden, und die sich immer weiter entwickelnden Wettbewerber auszublenden. Auch verwies Schmidt darauf, dass nicht alle Investitionen automatisch gut seien, sondern nur diese, die aus privatwirtschaftlichem Kalkül von Privatinvestoren freiwillig getätigt werden. Dann sind sie in der Regel auch wachstumsfördernd, bekräftigte Schmidt. Es brauche eine evidenzbasierte Beratung, man müsse Orientierung geben, klare Positionen beziehen, aber auch keine Alternativlosigkeit vortäuschen. Mögliche Schwächen müssen transparent benannt werden. Bei den Ökonomen, die diese Eigenschaften besitzen, sollte sich die Politik bedienen. Feld sei demnach ein Geschenk an Deutschland. Er kann in Fakt die richtige Diagnose stellen, hat fachliche Kompetenz, folgt nicht der Mode, ist in der Lebenswirklichkeit verankert, hat hohe Einsatzbereitschaft und ist kompromissbereit. Diese positiven Eigenschaften konnte der Laudator aus eigener Erfahrung erleben. Zudem sei Felds Verbindlichkeit und Kompromissbereitschaft sehr hoch, daher mache die Arbeit mit ihm in einem Team sehr viel Freude. Mit diesen Worten beendete Schmidt seine sehr persönliche und bewegende Laudatio.

Nach der feierlichen Vergabe der Medaille durch Willi Rugen und Hartmut Jaensch bedankte sich Feld und bekräftigte seine Wertschätzung für diese besondere Ehrung. Sie sei eine Bestätigung seiner Arbeit und mache ihn aufrichtig stolz. Er bedankte sich bei Schmidt für seine Worte und für ihre gemeinsame Zeit im Sachverständigenrat. Der Sachverständigenrat ziele historisch gesehen auf eine unabhängige Politikberatung. Das heißt, die Berater müssen klare Positionen beziehen können. Das sei schwierig, denn bei unterschiedlichen Interessen muss man Gegenwind aushalten können. Man brauche die Einsicht, dass wir sehr wenig wissen. Bescheidenheit, aber auch Beharrlichkeit zahlen sich aus, so Feld. Er verwies auf die Essenz der Ökonomie. Der Auftrag der Ökonomen bestehe darin, das Leben der Menschen zu verbessern. Ein gegenseitiger Vorteil müsse da sein und diese Zusammenarbeit ist nur in Friedenssituationen wirklich möglich. Volkswirtschaftslehre sei, wenn man es vereinfacht darstellt, Freiheit. In diesem Sinne beendete Feld seine Dankesrede und appellierte an das Publikum: „Bleiben Sie dran!“

# Gute Stimmung in Hamburg

Zur ersten hybriden Bundesmitgliederversammlung des bdvb in der Bucerius Law School begrüßte Willi Rugen am Samstagmorgen, 21. Oktober 2023, 118 Mitglieder, von denen sich 53 für eine online Teilnahme entschieden hatten.

Zunächst überbrachte Michael Schweizer, Hauptgeschäftsführer der ULA Deutscher Führungskräfteverband, dem bdvb seine Grußworte und sprach u.a. über die langjährige Zusammenarbeit mit dem bdvb.

70 Jahre Mitgliedschaft im bdvb, das ist schon etwas ganz Besonderes. Das Präsidium sprach den beiden Jubilaren ihren Glückwunsch aus und dankte allen Jubilaren für ihre langjährige Treue. Die Bundesmitgliederversammlung ist immer auch ein Ort, ein Resümee zu ziehen. So sprach Rugen in seinem Bericht aus dem Präsidium über den fortgeführten Dialog mit der Politik, so z.B. mit dem Frankfurter Bundestagsabgeordneten Armand Zorn oder der hessischen Hochschulministerin Angela Dorn. Auch die Präsidentengespräche wurden fortgeführt. Den Friedrich-List-Medaillenträger Lars P. Feld hatte Rugen gemeinsam mit Vizepräsident Hartmut Jaensch im Sommer besucht. Diese spannenden Menschen zu treffen ist nicht nur von den Themen her hochgradig interessant, sie sollen auch den Bekanntheitsgrad festigen und die öffentliche Wahrnehmung stärken. Die gemeinsamen Umfragen mit der WirtschaftsWoche tragen ebenfalls dazu bei sowie die Mitgliedschaften in der ULA und im Bündnis Ökonomische Bildung, dessen Gründungsmitglied der bdvb ist. Weiterhin verwies Rugen auf den neuen Fachausschuss Diversity und die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt.

Viele große Projekte wurden in den letzten beiden Jahren angestoßen. Dazu gehörten die Umstellung der IT in der Geschäftsstelle, ein neues Mitgliederverwaltungsprogramm und die, aus der Arbeit der Group 10+1 resultierende bdvb App „bdvb connect“, in der zukünftig auch das Mentoring Programm angesiedelt sein wird. Mit dem Jahresüberschuss aus 2022 wurde noch einmal eine kleine Rücklage für diese Projekte gebildet, erklärte Schatzmeister Markus Englert.

Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war die Neufassung der Satzung, die auch intensiv im Beirat diskutiert wurde, wie Beiratsvorsitzender Sven Kraffzick später berichtete. Die Herausforderung war, wie sie zukunftsgerichtet aussehen sollte. Welche Punkte sind wichtig, um den Verband dahingehend weiterzuentwickeln, wie z.B. eine gleichberechtigte Teilhabe der jungen Generation. Sowohl im Präsidium als auch im Beirat hat die neue Fassung der Satzung starke Zustimmung erhalten. Ein Fokus wurde klar auf das Thema Förderung der jungen Mitglieder gesetzt. Ihnen will der bdvb mehr Sichtbarkeit geben, mehr Mitsprache und Mitwirkungsrecht. Es soll keine Unterscheidung mehr zwischen ordentlichen und studierenden Mitgliedern geben, sondern nur noch eine Mitgliedergruppe. Damit werden die Sollbruchstellen beim Übergang ins Berufsleben behoben. Die Beitragsstruktur wird entsprechend angepasst werden. Des Weiteren wird ein Kuratorium installiert, um Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an den Verband näher heranzuführen und zu binden.

Felix Jörgens, ehemaliger Bundesvorsitzender der Hochschulgruppen, sieht zudem insbesondere in innovativen Veranstaltungsformaten einen Lösungsansatz, um den Verband nach vorn zu treiben. Eines davon wäre z.B. die wenige Tage später stattfindende, von der Hochschulgruppe Witten initiierte, Reise nach London, um dort in den Austausch mit verschiedensten Unternehmen zu gehen.

Mit der neuen Satzung stellt der bdvb Studierende und ordentliche Mitglieder gleich. Mit Vollendung des 30. Lebensjahrs wandert das bisher studierende Mitglied automatisch von der Hochschulgruppe in den Regionalverband über. Ein entsprechendes Preismodell wird noch festgelegt.

Durch das hybride Veranstaltungsformat wird ein weiteres Relikt aus der Vergangenheit unnötig. Mit der neuen Satzung wird es keine Stimmrechtsübertragungen mehr geben, denn jedes Mitglied hat nun zukünftig die Möglichkeit, auch von zu Hause aus mitzuwirken.

Nach der Vorstellung der Bewerber wählten die Mitglieder ihr neues Präsidium. Präsident Willi Rugen wurde zum dritten Mal im Amt bestätigt. Vizepräsidentin Ulrike Hellweg sowie die Vizepräsidenten Hartmut Jaensch und Professor Alexander Zureck werden den Präsidenten auch weiterhin unterstützen, ebenso wie Schatzmeister Markus Englert. Die Präsidialmitglieder Ulf Hollinderbäumer, Ines Schiller und Cordula Voß wurden ebenfalls wiedergewählt. Professor Claudia Niebergall und Dr. Martin Ulmer sind nicht erneut angetreten. Einen herzlichen Dank an dieser Stelle für ihr Engagement und ihren Einsatz. Neu im Amt sind Almaz Andezion, Frankfurt/Main, und Arne Fleschenberg, Braunschweig.

Präsident Rugen dankte nochmals den ausrichtenden Regionalverbänden Niedersachsen und Hamburg/Schleswig-Holstein, dem Geschäftsführer und den Mitarbeitern der Geschäftsstelle. Mit Festlegung des nächsten Tagungsortes München endete am frühen Nachmittag eine sehr konstruktive und harmonische Bundesmitgliederversammlung.



(v.l. Cordula Voß, Markus Englert, Almaz Andezion, Ines Schiller, Ulrike Hellweg, Willi Rugen, Ulf Hollinderbäumer, Hartmut Jaensch und Alexander Zureck. Es fehlt Arne Fleschenberg.

# Ein Jahr Fachausschuss Diversity



v.l. Almaz Andezion, Helga Kees, Nadja Baldus-Neddermeyer, Ines Schiller, Benjamin Wimmer und Ulrike Hellweg

Nach der Findungs- und Orientierungsphase haben wir mit zahlreichen Beiträgen in bdvb aktuell und Newsletter unsere Themen und Arbeit im bdvb sichtbar gemacht und erste Akzente gesetzt. Auf unsere Initiative hin hatte der bdvb im Frühjahr die Charta der Vielfalt unterschrieben. Zwei Kompetenzteams haben unser Positions- und Eckpunktepapier sowie die Präsidiumsvorlage zur Kampagne „Gemeinsam gegen Sexismus“ erarbeitet.

Im Juli fand unsere erste erfolgreiche bdvblounge.digital zum Thema Fachkräftemangel und Potenzial 50+ mit sehr gutem Feedback statt. Viele hatten unsere Veranstaltung aktiv in ihren beruflichen und privaten Netzwerken geteilt. Im Rahmen des Diversity Tages 2023 fand unsere Veranstaltung zudem ihren Platz auf der Homepage der Charta der Vielfalt als Beitrag zur Dimension Age.

Im November fand die erste Gemeinschaftsveranstaltung mit dem RV Rhein-Neckar und der Hochschulgruppe Mannheim im Barockschloss

Mannheim statt. Einer lebhaften Podiumsdiskussion folgte ein ebenso lebhafter Austausch zwischen Panelisten und Teilnehmenden bei Riesling und orientalischem Buffet. Nach der Dimension „Alter“ haben wir bei dieser Veranstaltung „Potenzial Migrationshintergrund - Hindernisse, Erfolgsfaktoren und Wege für Migranten in die deutsche (Arbeits) Gesellschaft“ mit Experten und Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft das Potenzial von Diversität für den Standort Deutschland in der Dimension „Soziale Herkunft“ beleuchtet. Auch dieses Mal waren sich alle Beteiligten einig, dass der Fachkräftemangel zwar zahlreiche Unternehmen vor existenzielle Nöte stellt, doch nach wie vor ein großes Potenzial an Arbeitskräften in Deutschland ungenutzt bleibt.

Spätestens mit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises 2023 an Claudia Goldin, deren Forschungsergebnisse Marcel Fratzscher, Präsident des DIW, als „Weckruf für uns Deutsche“ bezeichnet, ist die Relevanz von Geschlechter- und Verteilungsgerechtigkeit in Wirtschaft und Wissenschaft angekommen.

Auch in Zukunft werden uns die Themen nicht ausgehen. Sie haben Interesse an der Mitarbeit im FA Diversity? Wenden Sie sich gerne an Nadja Baldus-Neddermeyer, Sprecherin, oder Dr. Heike Stengel, Stellvertreterin. Wir freuen uns auf Ihr Engagement, Ihre Expertise und eine nachhaltige Zusammenarbeit. Kontakt: Fa-diversity@bdvb.de

Wer die Veranstaltungen verpasst hat, oder die Inhalte und Handreichungen der ReferentInnen nochmals in Ruhe durchgehen möchte, findet Unterlagen auf der Seite des FA Diversity zum Download.

[www.bdvb.de/wer-wir-sind/unsere-gruppen/fachausschuss-diversity/](http://www.bdvb.de/wer-wir-sind/unsere-gruppen/fachausschuss-diversity/)



## Verena von Hugo als Vorsitzende des BÖB bestätigt

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland wurde Verena von Hugo, Vorständin der Flossbach von Storch Stiftung, in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Sven Schumann, Director bei der Deutschen Börse. Zudem bestätigten die Mitglieder Prof. Dr. Dirk Loerwald, wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung in Oldenburg und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung (DeGÖB), Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger, Vertreter des bdvb und Verwaltungsrat bei der Aenea Project AG, sowie Dr. Wolf Prieß, Bereichsleiter Wirtschaft bei der Joachim Herz Stiftung, als Vorstandsmitglieder. Neu im BÖB-Vorstand sind Waltraud Eder, Schulleiterin der Conrad-Graf-Preysing-Realschule in Plattling und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) sowie Prof. Dr. Katrin Löhr, Professorin für Finanzwirtschaft an der Fachhochschule Dortmund, Gründerin der Initiative „FunnyMoney“ und Vorstand der genossenschaftlichen Deutschen Gesellschaft für Finanzkompetenz DeGeFin.



Der neugewählte Vorstand des BÖB (v.l.): Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger, Verena von Hugo, Dr. Wolf Prieß, Sven Schumann, Waltraud Eder, Prof. Dirk Loerwald und Prof. Katrin Löhr

# Regionalverbände & Hochschulgruppen

## Regionalverband Düsseldorf reaktiviert

Seit Corona war es still im RV Düsseldorf geworden. Anfang des Jahres trafen sich der bdvb-Präsident Willi Rugen, Birgit Schoerke aus der Geschäftsstelle und Nadine Lorenz, verbleibendes Vorstandsmitglied des Regionalverbands, um Pläne für eine Reaktivierung zu schmieden. Im Juli 2023 traf sich dann der designierte Vorstand und besprach das weitere Vorgehen. Am 27. Oktober wurde auf der anberaumten Mitgliederversammlung Dennis Fahl zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er wird durch Christian Visser vertreten. Zum Vorstand gehören weiterhin Bernhard Floter, Horst Looser, Nadine Lorenz und Horst Meessen sowie der Ehrenvorsitzende Josef Nagel. Damit gehören gleich drei ehemalige Hochschulgruppenvorsitzende zum neuen Vorstand, denen auch die Reaktivierung der Hochschulgruppe Düsseldorf am Herzen liegen.

## Regionalverband Stuttgart

Gemeinsam mit adkus e.V. organisierte der RV Stuttgart im Juli 2023 eine 3-stündige Sonntagsbesichtigung im „Neuen Hauptbahnhof“ S21. Der Andrang war groß, die 19 Plätze für die Führung rasch ausgebucht. Vom Empfangsbereich des InfoTurmStuttgart (ITS) aus erhielten wir zunächst eine Einführung und einen Überblick in die nach wie vor größte Logistikbaustelle Deutschlands. Mit wichtigen Basiskenntnissen ausgestattet ging es über die Baucontainer, wo wir mit Helm, Stiefel und Warnweste ausgestattet wurden, direkt hinunter in die neue, im Rohbau fast fertiggestellte, Bahnsteighalle. Zur Information ein paar Daten für Nicht-Stuttgarter: der bestehende Hauptbahnhof ist ein Kopfbahnhof, dessen Gleislauf von Ost nach West verläuft. Der neue S21 Bahnhof wird als Durchgangsbahnhof jedoch in Nord-Süd-Richtung gebaut. Die besichtigte Bahnhofshalle liegt im Schnitt in 11 Meter Tiefe, sie ist ca. 400 Meter lang und 80 Meter breit. Damit ist Platz für 4 Bahnsteige und 8 Bahngleise. Die Bahnhofshalle ist beeindruckend – ein umwerfendes Erlebnis von Raum, Formgebung und Licht. Mit dem Winterfahrplan 2025 soll der neue Stuttgarter Hauptbahnhof als erster voll digitalisierter Bahn-Verkehrsknoten Deutschlands in Betrieb genommen werden.



RV Stuttgart besichtigt „Neuen Hauptbahnhof“ S21

## Regionalverband Niedersachsen

Im Hotel Mercure Hannover City trafen sich im November 2023 die Mitglieder des RV Niedersachsen zur Mitgliederversammlung. Nach der Begrüßung dankte Vorsitzende Maike Körlin Hans-Engelbert Windelen für sein langjähriges Engagement im Vorstand. Der RV Niedersachsen verdankt ihm zahlreiche interessante Veranstaltungen und besondere Einblicke, wie z.B. in das Landesgestüt Niedersachsen in Celle oder in die MegaHub-Anlage in Lehrte. Der Vorstand für die nächsten zwei Jahre setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzende Maike Körlin und ihr Stellvertreter Frank Triebel (Finanzen) wurden im Amt bestätigt. Neu im Vorstand sind Hubertus Flor, Ann-Kristin Petry (HG Göttingen) und Oliver Wasmann. Hans-Jörg Ilgner ist weiterhin Ehrenvorstand. Das neue Vorstandsteam war sich einig, sich in der konstituierenden ersten Sitzung mit Schwerpunkten zur Aufgabenverteilung zu beschäftigen. Im Anschluss stärkten sich die Mitglieder beim Gänseessen im historischen Salle Nollet und ließen den Abend in geselliger Runde ausklingen.



(v.l.) Frank Triebel, Hans-Jörg Ilgner, Maike Körlin, Hubertus Flor, Hans-Engelbert Windelen, Ann-Kristin Petry

## Mobilität bewegt uns – das gilt für Ingenieure ebenso wie für Ökonomen

Dank guter adkus Kontakte konnte der RV Stuttgart im Oktober 2023 in den Räumen der ISM International School of Management Dr. Michael Frey vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als Vortragenden begrüßen und seine mit Spannung erwarteten Ausführungen endlich live als auch im Onlinestream erleben. Die Bedeutung von Mobilität von Personen und Gütern war den Teilnehmern bewusst, denn Mobilität war in der Menschheitsgeschichte stets auch eine Frage des Überlebens. In einem fesselnden Vortrag schlug Dr. Frey eine Brücke über die Mobilitätsentwicklung der vergangenen 200 Jahre mit anschaulichen Beispielen aus der Stadt Karlsruhe und gab Ausblicke in die mögliche (nahe) Zukunft unserer Mobilität. Zu erleben, wie Ingenieure gemeinsam mit Ökonomen Ideen und Lösungen für eine nachhaltigere, effizientere Mobilitätszukunft diskutieren und neue Gedanken entwickeln, war inspirierend. Es kommt nicht allein auf die Technik an, denn eine Mobilitätswende hin zu CO<sub>2</sub>-Neutralität und zum autonomen Fahren gelingt nur, wenn sie auch bezahlbar ist. Die hierfür notwendigen (Business-)Modelle entstehen interdisziplinär. Die Synergie aus technischer Expertise und wirtschaftlichem Denken war beeindruckend und gibt uns wertvolle Impulse für künftige Projekte. Uns bleibt die Erkenntnis: Gemeinsam werden wir die Herausforderungen der Mobilität von morgen meistern.

# Von Ambitionen zum Nachläufer – Digitalisierung verschlafen, KI verpennt?!



Almaz Andezion

Dipl.-Ök. Almaz Andezion, MBA, ist Expertin für Customer Experience (CX) und KI-Technologien. Sie ist Vorstandsmitglied im Regionalverband Rhein-Main und seit Oktober 2023 Mitglied des Präsidiums.

anpassen, was sich bisher als schwierig erwiesen hat. Trotz Deutschlands Ruf als Innovationsführer, insbesondere in der Technologiebranche, haben bürokratische Hürden und langwierige Entscheidungsprozesse die Entwicklung und Implementierung von KI-Technologien gebremst.

Ein wesentlicher Faktor ist die übermäßige Vorsicht im Umgang mit Datenschutz. Deutschland ist bekannt für seine strengen Datenschutzgesetze, die zwar die Privatsphäre der Bürger schützen, aber gleichzeitig die Sammlung und Nutzung von Daten, die für die Entwicklung von KI unerlässlich sind, einschränken. Diese Vorsicht hat zu einer zögerlichen Haltung gegenüber KI-Innovationen geführt.

Zudem ist die politische Struktur nicht ausreichend flexibel, um schnell auf technologische Veränderungen zu reagieren. Die traditionellen politischen Mechanismen sind nicht darauf ausgelegt, mit der Geschwindigkeit der technologischen Fortschritte Schritt zu halten. Dies führt zu einer Kluft zwischen dem, was technologisch möglich ist, und dem, was politisch umgesetzt wird.

Darüber hinaus ist die KI-Strategie nicht ausreichend in die breitere Wirtschafts- und Bildungspolitik integriert. Es fehlen gezielte Programme, um Fachkräfte für die KI-Entwicklung auszubilden und bestehende Belegschaften weiterzubilden. Auch die öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz von KI-Technologien wird vernachlässigt, was zu einer zögerlichen Annahme von KI-Lösungen in der Gesellschaft führt.

## Fehlende Koordination und Vision

Die größte Herausforderung jedoch ist das Fehlen einer koordinierten Vision. Die Investitionen scheinen eher ein Tropfen auf den heißen Stein zu sein als Teil einer durchdachten, ganzheitlichen Strategie. Es mangelt an einer Brücke zwischen Forschung, Industrie und politischen Entscheidungsträgern, um Deutschland als KI-Standort zu stärken.

Diese fehlende Koordination manifestiert sich in mehreren Bereichen. Zum einen gibt es keine klare Abstimmung zwischen den verschiedenen Ministerien und Bundesländern, was zu einer fragmentierten und ineffizienten Förderlandschaft führt. Zum anderen fehlt es an einer Plattform für den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um Forschungsergebnisse schnell in marktfähige Produkte umzusetzen.

## Fazit

Deutschland steht an einem Scheideweg. Die Ambitionen waren groß, doch die Umsetzung lässt zu wünschen übrig. Es ist noch nicht zu spät, aber es bedarf dringender, koordinierter Anstrengungen, um den Anschluss nicht zu verlieren. Deutschland muss seine Digitalisierungsstrategie überdenken, in eine solide Infrastruktur investieren und eine klare, zukunftsorientierte KI-Strategie entwickeln. Nur so kann das Land in der globalen KI-Landschaft von einem Nachläufer zu einem Vorreiter werden.

Im Jahr 2018 setzte die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel ein ambitioniertes Ziel: Deutschland sollte an die Weltspitze der Künstlichen Intelligenz (KI) aufsteigen. Drei Milliarden Euro wurden bis 2025 für die Förderung von KI-Projekten zugesagt. Doch fast fünf Jahre später stellt sich die Frage: Hat Deutschland seine Chance in der KI-Revolution verpasst?

## Kern des Problems

Die Realität zeigt ein ernüchterndes Bild. Trotz der hohen Investitionszusagen fehlt es an einem klaren Masterplan und einer zielgerichteten Strategie. Die Herausforderungen sind vielfältig: eine zögerliche Digitalisierung, unzureichende Infrastruktur, insbesondere im Bereich des 5G-Netzausbaus, und eine mangelnde Koordination zwischen Regierung, Wirtschaft und Forschungseinrichtungen.

## Digitalisierung – Ein Schritt zu spät

Deutschland, bekannt für seine Ingenieurskunst und industrielle Stärke, hat es versäumt, rechtzeitig auf den Digitalisierungszug aufzuspringen. Viele Prozesse in der öffentlichen Verwaltung und in Unternehmen sind veraltet und digital nicht integriert. Diese Versäumnisse wirken sich direkt auf die Entwicklung und Anwendung von KI aus, da eine solide digitale Grundlage für fortschrittliche KI-Technologien unerlässlich ist.

## 5G-Netzausbau – Langsam und unzureichend

Ein weiterer kritischer Punkt ist der schleppende Ausbau des 5G-Netzes. 5G ist für die KI-Entwicklung von entscheidender Bedeutung, da es die schnelle Verarbeitung und Übertragung großer Datenmengen ermöglicht. Deutschland hinkt hier anderen Ländern deutlich hinterher, was die Implementierung von Echtzeit-KI-Anwendungen behindert.

## Politische Versäumnisse und dringender Handlungsbedarf

Die politische Landschaft in Deutschland steht vor einer Herausforderung: Sie muss sich an die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI)

\*Die Kolumne kann persönliche Meinungsäußerungen der jeweiligen Autoren enthalten und spiegelt nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder des Verbandes wider. Weder die Redaktion noch die Verantwortlichen übernehmen eine Haftung für die in dieser Kolumne geäußerten Meinungen.

individueller  
digitaler  
innovativer

Immer **besser** – für dich.

kompetenter  
einfacher  
menschlicher

Entdecke unsere vielseitigen Leistungen – zum Beispiel Fitness-Challenges und einen attraktiven Gesundheitsbonus.

**Und das alles zu  
einem Top-Beitrag.**

# Weil Fakten noch nie so wichtig waren.

Exklusive Insights und geballtes Wirtschaftswissen für Ihr Team  
und Unternehmen – mit der gesamten Informationswelt des  
Handelsblatts: gedruckt, digital und live.

Jetzt informieren:  
[abo.handelsblatt.com/b2b](https://abo.handelsblatt.com/b2b)



Oder nehmen Sie direkt Kontakt zu uns auf:  
[business-solutions@handelsblattgroup.com](mailto:business-solutions@handelsblattgroup.com)